

Redaction:
Dresden,
in der Kreyditz-
str. 11. Reichs-
Gasse Nr. 5,
zu haben.

Sächsische Vorzeitung.

Preis:
vierteljährlich
12 1/2 Rgr. Zu
bezahlen durch
alle tgl. Post-
Anstalten.

Ein unterhaltendes Wochenblatt für den Bürger und Landmann.

Redacteur und Verleger: Friedrich Walther.

Politische Weltschau.

Deutschland. Im Schooße der Bundesversammlung ist bis jetzt der in Aussicht gestellte Antrag auf Beibehaltung des Bundes an dem Kriege gegen Dänemark nicht eingebracht worden, und nach der neuerdings in Kopenhagen eingetretenen bedeutenden Wendung steht mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten, daß jenes Vorhaben als verspätet ganz aufgegeben werden wird. In der letzten, am 7. Juli abgehaltenen Sitzung kam der Schlußbericht des Bundesbevollmächtigten Frhrn. v. Beust zum Vortrag, bei welcher Gelegenheit die Versammlung nochmals Veranlassung nahm, dem genannten Staatsmanne ihren lebhaften Dank und ihre aufrichtige Anerkennung zu votiren. In derselben Sitzung wurde auf Antrag des holsteinischen Ausschusses der Beschluß gefaßt, die oldenburgische Regierung um möglichste Beschleunigung der von ihr in Aussicht gestellten näheren Begründung der Successions-Ansprüche des Großherzogs auf die Elbherzogthümer zu ersuchen. Wie versichert wird, werden jene Ansprüche von Seiten der übrigen Bundesregierungen wenig oder gar keine Unterstützung finden und es soll neuerdings selbst der König von Preußen Anlaß genommen haben, in einem an den Großherzog von Oldenburg gerichteten Schreiben die Geltendmachung derselben zu widerrothen. — Die in Frankfurt a. M. befindliche geschäftstretende Commission der Versammlung von Mitgliedern deutscher Landesvertretungen hat eine Erklärung erlassen, in welcher hervorgehoben wird, daß die russischen, jetzt auf Oldenburg übertragenen Erbansprüche schon vor längerer Zeit in den Ausschüssen des Bundestags geprüft und von allen Autoritäten in ihrer Richtigkeit dargelegt worden seien. Die ganze Nation habe sich für den Erbprinzen von Augustenburg erklärt, weil das Volk von Schleswig-Holstein ihm gehuldigt und weil sie erkannt habe, daß an den Sieg seiner Sache der Sieg des Rechtes und der nationalen Sache geknüpft ist. Darum erwarte und verlange die deutsche Nation, daß die deutschen Regierungen, der Verpflichtung getreu, welche sie feierlich übernommen haben, ohne Aufschub am Bundestag die Anerkennung des Herzogs Friedrich aussprechen und ihm die Möglichkeit gewähren, die Regierung nach den Bestimmungen des beschworenen Grundgesetzes in den Herzogthümern anzutreten.

Die in München tagende süddeutsche Separat-Zollconferenz hat am 12. Juli ihre Beratungen geschlossen und es soll auf Grund der von der großherzoglich hessischen Regierung gemachten Vermittelungsvorschläge eine Vereinbarung unter den dort vertretenen Regierungen und Oesterreich erzielt worden sein, welche der preussischen Regierung zur Annahme vorgelegt werden soll. Daß dieses Vorhaben keinen Erfolg haben wird, betrachtet man im Voraus als gewiß. Die Reconstituierung des deutschen Zollvereins auf reformirter Grundlage hat mittlerweile einen entschiedenen Schritt vorwärts gemacht. Hannover und Oldenburg sind nämlich den Zollvereins-Verträgen vom 28. Juni unter'm 11. d. M. beigetreten und die hierauf bezüglichen Urkunden noch an demselben Tage in Berlin vollzogen worden. Der neue Zollverein besteht sonach jetzt aus folgenden Staaten: Preußen, Sachsen, Baden, Kurhessen, Thüringen, Braunschweig, Hannover, Oldenburg und Frankfurt. Diese Staaten umfassen ein Handelsgebiet von 26,727,857 Bewohnern. Von den bisherigen Staaten

des Zollvereins sind der neuen Vereinigung noch nicht beigetreten: Baiern, Württemberg, Nassau, Hessen-Darmstadt und Luxemburg mit 7,942,420 Bewohnern.

In Württemberg eröffnete König Karl am 12. Juli die Ständeversammlung mit einer Ansprache, in welcher der Wunsch nach Einigkeit zwischen der Krone und den Ständen ausgesprochen ward. Der König sichrt dem Volke Offenheit und seine Liebe zu, er hofft eine Lösung der schleswig-holsteinischen Frage in nationalem Sinne, dem nationalen Rechte entsprechend. Die Versammlung dankte durch ein lebhaftes allgemeines Hoch auf den König.

In Hannover hat auch die erste Kammer die von der Regierung vorgeschlagenen zeitgemäßen Abänderungen des Wahlgesetzes genehmigt, obgleich der ehemalige Minister Graf Borries diese Reform als ein verderbliches Zugeständniß an die Demokratie mit vielem Eifer bekämpfte.

Schleswig-Holstein. Der Geburtstag des Herzogs Friedrich von Augustenburg ist am 6. Juli in beiden Herzogthümern auf das Feierlichste begangen worden und die Bevölkerung hat auch diesen Anlaß benützt, um ihre unerschütterliche Anhänglichkeit an den angestammten Landesfürsten kundzugeben. In Kiel erschienen an jenem Tage 29 auswärtige Gratulations-Deputationen, darunter eine von der nunmehr ebenfalls vom Druck der Dänen befreiten Insel Alsen.

Wie aus Altona gemeldet wird, hat die holsteinische Regierung zur Unterstützung der vom Kriege schwer beimessenen Einwohnerschaft der Insel Alsen 200,000 Thaler bewilligt und es ist dieser Beschluß von den Bundescommissaren bereits bestätigt worden.

Die beiden im Herzogthume Schleswig fungirenden Civil-Commissare haben bereits unterm 1. Juli bekannt gemacht, daß nach der Besetzung Alsen's seitens der alliirten Armee die Autorität des Königs von Dänemark aufgehoben und die oberste Leitung der gesammten Civilverwaltung in die Hände der gedachten Commissare übergegangen ist. Letztere haben denn auch die dänischen Beamten sofort entfernt und die localen Behörden neu organisiert. — Die Stadt Sonderburg auf Alsen hat durch die kriegerischen Ereignisse furchtbar gelitten und von den 300 Häusern sind gegen 90 völlige Ruinen, während 100 Gebäude so stark beschädigt sind, daß sie wohl ebenfalls neu aufgebaut werden müssen. Von den übrigen sind nur wenige ganz unversehrt geblieben. Nach einer ungefähren Schätzung wird Sonderburg einer halben Million Thaler bedürfen, um wieder aufgebaut werden zu können.

Aus Jütland kommen bei der Strenge, mit welcher Mittheilungen über die beabsichtigten Operationen der Verbündeten untersagt sind, nur spärliche Nachrichten; selbst den preussischen Zeitungen ist seit dem 10. Juli durch einen Erlaß des Ministers des Innern Schweigen auferlegt worden und dieselben dürfen über Truppen-Aufstellungen, Marsche, Rüstungen und sonstige kriegerische Vorbereitungen, sowie über die Stationen der Kriegsschiffe u. nicht mehr berichten, doch läßt sich aus den dänischen Zeitungen entnehmen, daß die Alliirten die Absicht, Fähnen zu nehmen, noch nicht aufgegeben haben; in Kolding wurde wenigstens eine große Anzahl von Booten angesammelt, welche dazu bestimmt zu sein scheinen, die Truppen nach jener Insel hinüber